

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 29. Jänner 2026; Bericht

Am 29. Jänner 2026 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte laufende Angelegenheiten, Russlands Aggression gegen die Ukraine, die Lage im Nahen Osten sowie die Situation in der Region der Großen Seen. Im Rahmen des RAB fand weiters ein informelles Arbeitsessen mit dem Hochkommissar für Menschenrechte der Vereinten Nationen (VN), Volker Türk, statt, welches auch auf österreichische Initiative zustande kam.

Die Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission (HV/VP) Kaja Kallas verwies einleitend auf die im eingeschränkten Format stattfindende Diskussion zum Ausblick auf das Jahr 2026. Für die Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2026 werde wie im Vorjahr ein informelles Frühstück der Außenministerinnen und -minister der Europäischen Union (EU) vorgeschlagen. Sie informierte zu den als A-Punkte angenommenen neuen Sanktionslistungen im Zusammenhang mit den destabilisierenden Aktivitäten Russlands, den Menschenrechtsverletzungen im Iran sowie der iranischen Unterstützung für Russland. Zudem hob HV/VP Kallas die Annahme der Ratsschlussfolgerungen zu den Prioritäten der EU in den VN-Menschenrechtsorgane sowie die Schaffung einer Grundlage für die Einrichtung des Unterstützungsdarlehens für die Ukraine hervor. Zypern stellte die Prioritäten seines Vorsitzes im Rat der EU vor, der im Kontext aktueller Entwicklungen und unter dem Motto „Eine autonome Union. Offen für die Welt“ stehe. Im Mittelpunkt stehen der Schutz der EU sowie die Reduzierung von Abhängigkeiten. Die Unterstützung der Ukraine bleibe eine zentrale Priorität, insbesondere in den Bereichen Finanzierung und Sanktionen gegen Russland. Zudem sollen während des zypriotischen Ratsvorsitzes robuste transatlantische Beziehungen gefördert werden.

Im Rahmen der Diskussion zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine argumentierte der ukrainische Außenminister Andrii Sybiha, dass ein dauerhafter und würdevoller

Frieden in der Ukraine eine Priorität für 2026 darstellen sollte. Die militärische Lage bleibe äußerst schwierig, allerdings ohne rezente russische Durchbrüche. Eine Neubewertung Russlands hinsichtlich der Fortsetzung des Krieges könne dann erzwungen werden, wenn entstandene Verluste auf russischer Seite nicht länger ersetzt werden können.

Außenminister Sybiha verwies auch auf die harten Winterbedingungen, die Russland mit massiven Angriffen nutze, um die ukrainische Bevölkerung zu treffen. Weitere Hilfe im Bereich der Energieversorgung sowie Druck auf Russland durch Sanktionen seien dringend notwendig. Bei den Friedensgesprächen in Abu Dhabi seien heikle Themen wie Gebietsfragen und das Kernkraftwerk Saporischschja sowie die Modalitäten eines allfälligen Waffenstillstandes besprochen worden. Parallel dazu sei es wichtig, am Prosperitätsplan für die Ukraine zu arbeiten. Eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine stelle ein Schlüsselement einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa dar. Die Ukraine bekenne sich zur Erfüllung aller Kriterien bis Ende 2027. HV/VP Kallas informierte über die laufenden Arbeiten zu Sicherheitsgarantien und zur notwendigen Unterstützung im Energiebereich für die Ukraine. Weiterer Druck auf Russland sei wichtig; das 20. Sanktionspaket soll zum 24. Februar 2026 verabschiedet werden.

Die EU-Mitgliedstaaten betonten die weitere Unterstützung der Ukraine, insbesondere im Energiesektor. Mehrere Mitgliedstaaten begrüßten die rezenten Friedensgespräche, während einige jedoch Zweifel am tatsächlichen Friedenswillen Russland äußerten. Zahlreiche Mitgliedstaaten sprachen sich für ein 20. Sanktionspaket aus. Zudem äußerten sich mehrere Mitgliedstaaten zur Erweiterung der EU. Staatssekretär Sepp Schellhorn versicherte, dass Österreich die Ukraine auch angesichts der Kälte weiterhin unterstütze. Russland zeige bislang kein Interesse an glaubwürdigen Verhandlungen, daher müssten die Kosten für Russland – auch durch Sanktionen – weiter erhöht werden. Österreich begrüße in diesem Zusammenhang die Bemühungen zur Verschärfung bestehender Maßnahmen. Insbesondere neue Sanktionen im Energiesektor müssten für eine maximale Wirksamkeit mit den Maßnahmen des Vereinigten Königreichs und den USA abgestimmt sein. Österreich erinnerte außerdem daran, dass weiterhin eine Lösung für die ungerechtfertigte Doppelbereicherung sanktionierter russischer Entitäten im Zusammenhang mit Schadenersatzforderungen in Russland gefunden werden müsse.

In der Diskussion zur Lage im Nahen Osten verurteilte HV/VP Kallas die gewaltsame Niederschlagung der Proteste im Iran und stellte fest, dass eine politische Grundsatzeinigung zur Einstufung der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) als terroristische Organisation getroffen worden sei. Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) werde auch einen Entwurf für neue Ratsschlussfolgerungen zum Iran vorlegen. Zu Israel und Palästina müsse die EU auf die Implementierung des Gaza-Friedensplans entsprechend der Resolution 2803 (2025) des VN-Sicherheitsrats insistieren. EU-Engagement mit den neuen Governance-Strukturen sei notwendig, unter anderem durch Einladung von Nikolaj Mladenov zum nächsten RAB. Die zivilen Missionen der

Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, EUBAM Rafah und EUPOL COPPS, sollen bis 30. Juni 2027 verlängert werden. Zu Syrien sei nach dem Ausbruch der Gewalt und dem seither erfolgten Waffenstillstand in Nordost-Syrien der Kontakt mit regionalen Partnern essenziell. Kommissarin (KM) für das Mittelmeer Dubravka Šuica warf die Frage auf, ob die EU im *Board of Peace* (BoP) nicht – ähnlich wie mehrere arabische Staaten – teilnehmen könne, ohne die Satzung zu ratifizieren. KM für Gleichberechtigung, Krisenvorsorge und -management Hadja Lahbib informierte, dass sich die humanitäre Lage in Gaza nur geringfügig verbessert habe. Die De-Registrierung zahlreicher internationaler NGOs mit Ende Februar kreierte massive Herausforderungen, da diese für 50% der humanitären Lieferungen verantwortlich seien. In der anschließenden Diskussion begrüßte die überwiegende Mehrheit der Mitgliedstaaten die Ankündigung des Übergangs zur Phase II des Gaza-Friedensplans und forderte eine Verschränkung des BoP mit der Resolution 2803 (2025) des VN-Sicherheitsrats zu Gaza. Zudem wurde die Terrordesignation der IRGC von zahlreichen Mitgliedstaaten befürwortet.

Im Rahmen der Diskussion zur Situation in der Region der Großen Seen in Afrika schlug HV/VP Kallas ein EU-Vorgehen entlang folgender Linien vor: (1) Fortsetzung der hochrangigen Kontakte im „Team Europe“-Ansatz; (2) Forderung von Zugang für humanitäre Hilfe, insbesondere die (Wieder-)Eröffnung des Flughafens in Goma; (3) Finanzierung und politische Unterstützung der Friedensbemühungen der Afrikanischen Union (AU); (4) Unterstützung der Prinzipien der Resolution 2773 (2025) des VN-Sicherheitsrats sowie (5) Unterstützung eines inklusiven nationalen Dialogs innerhalb der Demokratischen Republik Kongo. KM Lahbib gab einen Überblick über die humanitäre Hilfe der EU in der Region der Großen Seen. Nach Beendigung des Krieges könne die EU bei der regionalen wirtschaftlichen Integration unterstützen. Mit Global Gateway sowie den Absichtserklärungen und Memoranden zu kritischen Rohstoffen seien bereits wichtige Grundsteine gelegt worden. In der Diskussion äußerten sich die Mitgliedstaaten in weitgehender Übereinstimmung mit den von HV/VP Kallas aufgetragenen fünf Punkten.

Ich stelle den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

13. März 2026

Mag.^a Beate Meisl-Reisinger, MES
Bundesministerin